

Positionspapier als Ergänzung zum Forderungskatalog

Sechs Punkte	Erläuterungen
<p>1. Tagebau wird weiterhin abgelehnt.</p>	<p>„Jeder erhaltene Quadratmeter ist ein guter Quadratmeter!“ Die energiepolitische Notwendigkeit wurde seitens der Stadt Erkelenz seit den 1980er Jahren bezweifelt. Nun ist auch noch das Klimaschutzgesetz anzupassen. Die Flächen von Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich und Berverath – inklusive der Höfe um Holzweiler – sind zu erhalten – ebenso die größtmögliche landwirtschaftliche Fläche in Wert und Güte bzw. rekultiviertem Neuland. Die Altorte sollen jeweils einen partizipativen Prozess der Neugestaltung durchlaufen (Name, städtebauliche Struktur, baurechtlicher Zustand, Meinungen und Interessen der Eigentümer). Die Umsiedlung ist für alle Umsiedlungswilligen zu gleichen Konditionen abzuschließen.</p>
<p>2. Planungssicherheit für die Entwicklung wird gefordert.</p>	<p>„Planungssicherheit verweigert, finanzielle Hilfen notwendig!“ Wir lehnen die durch die Leitentscheidung 2021 geschaffene Unsicherheit bis 2026 ab – die frühzeitigen und notwendigen Maßnahmen zur Umsiedlung und Entwicklung werden hierdurch verhindert. Das Land NRW trägt hierfür die Verantwortung und wird aufgefordert, sich hier aktiv einzubringen und die sich durch Unsicherheiten ergebenden Kosten zu übernehmen.</p>
<p>3. Heutige Lebensqualität wird gefordert.</p>	<p>„Das Hier und Jetzt gestalten!“ Die vollständige Herstellung der Tagebaufolgelandschaft wird für den Raum Erkelenz noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Langfristige Perspektiven werden derzeit entwickelt, die jedoch für die aktuelle Bevölkerung den Nachteil durch den Tagebau nicht ausgleichen. Es gilt daher zuerst, aktuelle Perspektiven und die heutigen Lebensqualitäten in den Orten zu schaffen und abzusichern. Auch hier sind partizipative, sozialverträgliche Ansätze notwendig.</p>
<p>4. Angemessener Immissionsschutz wird gefordert.</p>	<p>„Bestehende Wälle umgehend zurückbauen und neue Wälle gar nicht erschaffen!“ Auf die neueste Tagebauplanung muss (seitens des Landes, des Braunkohlenausschusses, der zuständigen Bergbaubehörde und des Tagesbaubetreibers) umgehend reagiert werden und es müssen zeitnahe angemessene Immissionsschutzlösungen gefunden und entschieden werden. Unter der Voraussetzung, dass auf Wälle immissionsschutzrechtlich verzichtet werden kann, fordern wir eine grüne Infrastruktur im Sinne des „Grünen Bandes“ des Zweckverbandes Landfolge mit ggf. temporären Immissionsschutzwänden.</p>
<p>5. Leistungsfähige, verkehrliche Gesamtkonzeption ohne A61n wird gefordert.</p>	<p>„Nicht nur von Projekt zu Projekt denken! Akute Probleme beheben!“ Zusammenhänge und Synergien erkennen bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lärm- und Staubschutz für A46 und A44n, - der neuen Planfeststellung L354n von Venrath nach Kaulhausen), - dem schnellstmöglich weiterzuführenden Verfahren L277n für Kückhoven, sowie - der Erhaltung der L19 für Holzweiler.
<p>6. Masterplanung ‚See und Wasserwirtschaft‘ wird gefordert.</p>	<p>„Einen gesunden, funktionalen See wollen wir unseren Kindern und Enkel überlassen!“ Versauerungs-Problematik, Konkurrenz um Wasser sowie Böschungsneigungen sind nachhaltig anzugehen. Im Vergleich zum Braunkohlenplan 1994 sind weitere wasserwirtschaftliche Verbesserungen – insbesondere zum See - festzuschreiben. Auch eine zügige Befüllung des Sees und der Grundwasserschutz sind zu gewährleisten.</p>